

Beschluss

aus der 30. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des am 25. Mai 2008 gewählten Kreistages vom 18.04.2013

TOP: 17

Vorlage: AN/2013/0015

Antrag der SPD-Fraktion:
Resolution gegen das Fracking

Ohne Aussprache wird folgender Beschluss gefasst:

Die Mitglieder des Kreistages Plön lehnen mit Nachdruck das so genannte Fracking-Verfahren zur Erdgas- und Erdölgewinnung im Kreis Plön ab, ebenso die Suche nach unkonventionellen Erdgas- und Erdölvorhaben. Nach Angaben des Energiewendeministeriums hat das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Clausthal-Zellerfeld als Bergbehörde Schleswig-Holsteins sechs Aufsuchungs- bzw. Bewilligungserlaubnisse vergeben. Die aktuellen Aufsuchungs- bzw. Bewilligungserlaubnisse beziehen sich auf sechs Erlaubnisfelder in Schleswig-Holstein. Davon liegen 3 Felder im Kreis Plön und zwar im Bereich Plön-Ost, Prasdorf und Preetz.

Der Einsatz von wassergefährdenden chemischen Substanzen für die Gewinnung von Erdgas und Erdöl ist gefährlich. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um den Einsatz in oder abseits von Wasserschutzgebieten geht. Eine großflächige Zerstörung des Untergrundes mit heute nicht absehbaren Folgen ist nicht annehmbar. Auch wenn die heute erteilten Bewilligungen nicht das Recht zur tatsächlichen Aufsuchung oder Gewinnung von Erdöl oder Erdgas durch die Fracking-Methode bedeuten, sind wir verpflichtet, unverzüglich alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Fracking im Kreis Plön zu verhindern.

Da mit weiteren Anträgen für das Kreisgebiet zu rechnen ist, wie auch die Ankündigung von RWE Dea, für das Gebiet Warnau eine Bewilligungserlaubnis beim Bergbauamt zu beantragen, ist es konsequent, alles in die Wege zu leiten, was wir im Rahmen des Landesrechtes gegen Fracking regeln können. Die Landesregierung ist aufgefordert, das Raumordnungsgesetz dahingehend zu ändern, dass bis zur Verabschiedung des künftigen Landesentwicklungsplans die Schaffung vollendeter Tatsachen verhindert wird.

Stimmenverhältnis: einstimmig bei zwei Enthaltungen